



## Tagesordnung:

### Öffentlicher Teil

- 1 Eröffnung der Sitzung
- 2 Feststellung der Anwesenheit sowie der ordnungsgemäßen Ladung /  
Feststellung der öffentlichen Tagesordnung/ Entscheidung über eventuelle  
Einwendungen gegen die Niederschrift des öffentlichen Teils der Sitzung vom  
10.02.2016
- 3 Überweisungen aus der Stadtverordnetenversammlung
  - 3.1 Nachbarschafts- und Begegnungshaus Potsdam West  
Vorlage: 15/SVV/0891  
Fraktion DIE LINKE
  - 3.2 Evaluierung der Strukturen zur Betreuung des Sportareals am Luftschiffhafen  
Vorlage: 16/SVV/0006  
Fraktionen Bündnis 90/Die Grünen, CDU/ANW
  - 3.3 Änderung des Gesellschaftsvertrages der Luftschiffhafen Potsdam GmbH  
Vorlage: 16/SVV/0027  
Oberbürgermeister, FB Kommunikation, Wirtschaft und Beteiligung
  - 3.4 Denkmalbereichssatzung Stadtkern Potsdam  
Vorlage: 16/SVV/0031  
Oberbürgermeister, FB Bauaufsicht, Denkmalpflege, Umwelt und Natur
  - 3.5 Kein Verkauf des Hauses 33 im Luftschiffhafen  
Vorlage: 16/SVV/0040  
Fraktion DIE aNDERE
  - 3.6 Kommunalen Wohnungsbestand erhalten  
Vorlage: 16/SVV/0041  
Fraktion DIE aNDERE
  - 3.7 Skaterhalle  
Vorlage: 16/SVV/0049  
Fraktion DIE LINKE
  - 3.8 Sanierungsgebiet "Potsdamer Mitte", Konkretisierung der Sanierungsziele im  
Bereich Neuer Lustgarten im Ergebnis der Planungswerksatt und  
Aufstellungsbeschluss Bebauungsplan SAN-P 14 "Lustgarten"  
Vorlage: 16/SVV/0053  
Oberbürgermeister, FB Stadtplanung und Stadterneuerung
  - 3.9 Alte Post  
Vorlage: 16/SVV/0061  
Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

- 4 Mitteilungen der Verwaltung
- 4.1 Internetbeteiligung bei Bebauungsplanverfahren  
Vorlage: 16/SVV/0026  
Oberbürgermeister, FB Stadtplanung und Stadterneuerung
- 4.2 Handlungskonzept Papierkörbe einschl. Dog-Station  
bezüglich DS Nr.: 15/SVV/0606, 14/SVV/0345, 14/SVV/0346, 14/SVV/1069  
(Bürgerhaushalt 2015/16 Nr. 12 Punkte 1, 2 u. 5), 15/OBR/0001 (Fahrland) und  
14/OBR/0126 (Marquardt)  
Vorlage: 16/SVV/0036  
Oberbürgermeister, FB Grün- und Verkehrsflächen
- 4.3 Information zum anonymisierten Bewerbungsverfahren
- 5 Sonstiges

## **Niederschrift:**

### **Öffentlicher Teil**

#### **zu 1 Eröffnung der Sitzung**

Der Oberbürgermeister eröffnet die Sitzung und teilt mit, dass der Beigeordnete für Zentrale Steuerung und Service, Herr Exner sowie die Beigeordnete für Soziales, Jugend, Gesundheit und Ordnung, Frau Müller-Preinesberger nicht an der Sitzung teilnehmen, weil sie die Stadt bei der Demonstration der Initiative „Potsdam bekennt Farbe“ vertreten.

#### **zu 2 Feststellung der Anwesenheit sowie der ordnungsgemäßen Ladung / Feststellung der öffentlichen Tagesordnung/ Entscheidung über eventuelle Einwendungen gegen die Niederschrift des öffentlichen Teils der Sitzung vom 10.02.2016**

Der Oberbürgermeister stellt die ordnungsgemäße Ladung sowie die Beschlussfähigkeit fest. Zu Beginn der Sitzung sind 15 Mitglieder bzw. stellvertretende Mitglieder des Hauptausschusses anwesend.

Zur vorliegenden Tagesordnung schlägt der Oberbürgermeister vor, folgende Punkte wegen der fehlenden Ausschussvoten zurückzustellen:

- 3.1 - Nachbarschafts- und Begegnungshaus Potsdam West, DS 15/SVV/0891

und

- 3.6 - Kommunalen Wohnungsbestand erhalten, DS 16/SVV/0041.

Zum Tagesordnungspunkt 4.3, Information zum anonymisierten Bewerbungsverfahren bittet er um eine weitere Terminverschiebung auf Ende April 2016.

Herr Schüler erklärt namens der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen, dass die DS 16/SVV/0061, Alte Post **zurückgezogen** werde.

Im Weiteren soll unter dem Punkt „Sonstiges“ über folgendes informiert werden:

- Ergebnis der rechtlichen Prüfung bzgl. Änderung der Abfallsatzung für 2016
- Terminverschiebung - Umsetzung des Beschlusses 14/SVV/0374 – Kooperationsvertrag LHP und SPSG
- Sitzung Potsdam/Potsdam-Mittelmark

Die so geänderte Tagesordnung wird zur Abstimmung gestellt und einstimmig **bestätigt**.

Gegen die Niederschrift des öffentlichen Teils der 32. Sitzung des Hauptausschusses vom 10.02.2016 gibt es keine Einwände; die Niederschrift wird mit 15 Ja-Stimmen, bei einer Stimmenthaltung **bestätigt**.

### **zu 3 Überweisungen aus der Stadtverordnetenversammlung**

#### **zu 3.1 Nachbarschafts- und Begegnungshaus Potsdam West**

**Vorlage: 15/SVV/0891**

Fraktion DIE LINKE

**zurückgestellt**

#### **zu 3.2 Evaluierung der Strukturen zur Betreuung des Sportareals am Luftschiffhafen**

**Vorlage: 16/SVV/0006**

Fraktionen Bündnis 90/Die Grünen, CDU/ANW

Der Oberbürgermeister verweist darauf, dass der Ausschuss für Bildung und Sport kein abschließendes Votum abgegeben hat und darüber hinaus die Terminierung der Prioritätenliste in der letzten Sitzung offen geblieben sei. Anfang März werde der Zeitplan und die Prioritätenliste mit den Beteiligten nochmals besprochen. Deshalb schlage er vor, in der Hauptausschusssitzung am 13. April 2016 die detaillierte Prioritätenliste vorzustellen und in diesem Zusammenhang auch darüber zu befinden, inwieweit spezifische Inhalte und Ziele es verdienen, mit den Stadtverordneten besprochen zu werden. Insofern revidiere er seine Aussage in der letzten Hauptausschusssitzung, diesbezüglich „zwischen den Aufgaben der Stadtverordneten und denen der Verwaltung zu unterscheiden“. Er schlägt im Weiteren vor, den vorliegenden Antrag bis dahin zurückzustellen und die Diskussion gemeinsam zu führen.

Gegen diesen Vorschlag erhebt sich seitens der Antragstellerinnen und seitens des Hauptausschusses kein Widerspruch.

#### **zu 3.3 Änderung des Gesellschaftsvertrages der Luftschiffhafen Potsdam GmbH**

**Vorlage: 16/SVV/0027**

Oberbürgermeister, FB Kommunikation, Wirtschaft und Beteiligung

Der Ausschuss für Bildung und Sport empfiehlt, dieser Beschlussvorlage zuzustimmen.

Herr Dr. Scharfenberg merkt in seinen Ausführungen auf § 7 Abs. 1 Buchstabe q Bezug nehmend an, dass in anderen Gesellschaftsverträgen andere Regelungen aufgenommen wurden und beantragt die Einfügung der Worte „nach vorheriger Empfehlung des Aufsichtsrates“.

Bezüglich seiner Nachfrage ob § 9 Abs. 6 Satz 4 des überarbeiteten Gesellschaftsvertrages der Luftschiffhafen GmbH den entsprechenden Regelungen des im Januar 2013 durch die SVV beschlossenen Mustergesellschaftsvertrages der LHP entspricht, soll das Ergebnis der Prüfung bis zur Sitzung der Stadtverordnetenversammlung am 02.03.2016 vorliegen.

*Im Nachgang der Sitzung wird im Ergebnis der Prüfung durch den Bereich Beteiligungsmanagement dazu Folgendes mitgeteilt:*

*Gemäß § 9 Abs. 6 Satz 4 des Mustergesellschaftsvertrages der LHP entscheidet bei Stimmengleichheit die Stimme des/der (Aufsichtsrats)Vorsitzenden, bei dessen/deren Abwesenheit die seines /ihres Stellvertreters/ seiner/ihrer Stellvertreterin.*

*Somit entspricht die Regelung des § 9 Abs. 6 Satz 4 des überarbeiteten Gesellschaftsvertrages der Luftschiffhafen GmbH exakt und wortgetreu den Vorgaben des Mustergesellschaftsvertrages der LHP.*

Auf die Nachfrage von Herrn Dr. Scharfenberg, an welche Inhalte gedacht wurde, wenn im § 2 Abs. 2 die Berechtigung für die Errichtung von Zweigniederlassungen sowie der Erwerb und die Errichtung von anderen Unternehmen eingeräumt werde, antwortet der Oberbürgermeister. Diese Regelung diene einer größeren Flexibilität für die Lösung neuer Aufgaben, die jedoch derzeit nicht anstehen.

Die von Herrn Dr. Scharfenberg beantragte Ergänzung im § 7 Abs. 1 Buchstabe g wird mit **Stimmenmehrheit angenommen.**

Die so ergänzte Beschlussvorlage wird zur Abstimmung gestellt:

Der Hauptausschuss empfiehlt der Stadtverordnetenversammlung, wie folgt zu beschließen:

Änderung des Gesellschaftsvertrages der Luftschiffhafen Potsdam GmbH gemäß Anlage 2, einschließlich der Ergänzung im § 7 Abs. 1 Buchstabe g.

**Abstimmungsergebnis:**

Zustimmung:	<b>15</b>
Ablehnung:	<b>0</b>
Stimmenthaltung:	<b>1</b>

**zu 3.4 Denkmalbereichssatzung Stadtkern Potsdam**

**Vorlage: 16/SVV/0031**

Oberbürgermeister, FB Bauaufsicht, Denkmalpflege, Umwelt und Natur

Der Ausschuss für Stadtentwicklung, Bauen und Verkehr empfiehlt der Beschlussvorlage zuzustimmen.

In der sich anschließenden Diskussion wird von Herrn Dr. Scharfenberg die Frage aufgeworfen, warum sich im § 2 nicht auf die „Positivliste“ beschränkt werde, sondern auch eine „Negativliste“ mit der Nennung konkreter Gebäude enthalten sei. Herr Weise, Geschäftsstelle Stadtentwicklung und Bauen, entgegnet, dass die Inhalte auf Vorgaben des Landesamtes für Denkmalpflege

beruhen und ob nun gewollt oder nicht in die Denkmalebereichssatzung mit aufgenommen werden müssen. Zudem sei die Stadt verpflichtet, ein Benehmen mit dieser Behörde herzustellen. Passiere dies nicht, würde eine entsprechende Satzung vom Landesamt für Denkmalpflege erlassen werden.

Änderungsantrag:

Die von Herrn Dr. Scharfenberg beantragte Streichung der „Negativliste“ im § 2 der Satzung wird mit Stimmenmehrheit **abgelehnt**, bei 4 Ja-Stimmen.

Der Hauptausschuss empfiehlt der Stadtverordnetenversammlung, wie folgt zu beschließen:

Satzung zum Schutz des Denkmalebereichs „Stadtkern Potsdam“ der Landeshauptstadt Potsdam gemäß Anlagen (Denkmalebereichssatzung Stadtkern)

**Abstimmungsergebnis:**

Zustimmung:	<b>13</b>
Ablehnung:	<b>0</b>
Stimmenthaltung:	<b>5</b>

**zu 3.5 Kein Verkauf des Hauses 33 im Luftschiffhafen**

**Vorlage: 16/SVV/0040**

Fraktion DIE aNDERE

Herr Szilleweit bringt den Antrag namens der Fraktion DIE aNDERE ein.

Der Ausschuss für Gesundheit, Soziales und Inklusion sowie der Ausschuss für Finanzen empfehlen, den Antrag abzulehnen.

Der Antrag mit folgendem Wortlaut wird zur Abstimmung gestellt:

Der Oberbürgermeister wird beauftragt, als Gesellschaftervertreter der Stadt Potsdam in der ProPotsdam GmbH zu veranlassen, dass der beschlossene Verkauf des Hauses 33 im Sportpark Luftschiffhafen gestoppt wird.

Stattdessen soll das Gebäude durch die städtische ProPotsdam so saniert werden, dass preiswerte Wohnungen für WBS-Inhaber\*innen, Flüchtlinge und Studierende entstehen.

Die Stadtverordneten sind im April 2015 über den Sachstand zu informieren.

**Abstimmungsergebnis:**

Zustimmung:	<b>2</b>
Ablehnung:	<b>13</b>
Stimmenthaltung:	<b>3</b>

Damit empfiehlt der Hauptausschuss der Stadtverordnetenversammlung, diesen Antrag **abzulehnen**.

**zu 3.6 Kommunalen Wohnungsbestand erhalten**

**Vorlage: 16/SVV/0041**

Fraktion DIE aNDERE

**zurückgestellt**

**zu 3.7 Skaterhalle**  
**Vorlage: 16/SVV/0049**  
Fraktion DIE LINKE

Herr Dr. Scharfenberg bringt den Antrag namens der Fraktion DIE LINKE ein.

Der Ausschuss für Bildung und Sport und der Ausschuss für Finanzen empfehlen, den Antrag abzulehnen.

Im Rahmen der sich anschließenden Diskussion verweist Herr Richter darauf, dass es sich hier um eine ausnahmslos freiwillige Aufgabe handele und die Aufnahme von freiwilligen Investitionsmaßnahmen in absehbarer Zeit nicht möglich sein werde. Dies zumindest so lange wie Kredite für pflichtige Aufgaben anstehen. Er halte es nicht für zielführend, in der angespannten Arbeitssituation Mitarbeiter mit zusätzlich Prüfaufträgen zu belasten, die auf längere Zeit nicht realisiert werden können.

Herr Dr. Scharfenberg plädiert dafür, in diesem - aus seiner Sicht - überschaubaren Rahmen Möglichkeiten zu prüfen, Synergien zu entwickeln und darin auch anderen Institutionen oder eventuell privates Engagement einzubinden.

Herr Schüler betont, dass der Antrag weit darüber hinausgehe, denn es würde der Auftrag erteilt werden, einen Vorschlag zu unterbreiten. Ebenso spricht sich Herr Kolesnyk gegen den Antrag aus, um keine falschen Erwartungen zu wecken. Möglichkeiten sehe er, dieses Anliegen im Rahmen der Entwicklung Lustgarten oder Biosphäre mit einzubinden.

Herr Gessner, Bereich Sport, weist darauf hin, dass die jetzt genutzte Fläche eine ehemalige Lagerhalle sei und es sich im rechtlichen Sinne nicht um eine Sportstätte handele.

Frau Dr. Müller erläutert die Historie der Skaterhalle und betont, dass schon lange nach einem Ausweichobjekt gesucht werde und es Zusagen gegeben habe, andere Möglichkeiten zu prüfen, um diese Sportart weiter betreiben zu können. Dabei gehe es um eine einfache minimalistische Variante, die auch nicht sofort zur Verfügung stehen müsse.

Herr Dr. Scharfenberg ergänzt, dass es nicht um eine Größenordnung mit denen in der Mitteilungsvorlage 12/SVV/0590 definierten Parameter bezüglich der Hallengröße und der Kosten gehe, sondern nur darum, einen Rahmen für eine ganzjährige Nutzungsmöglichkeit – für Trainingsbedingungen zu schaffen.

Der Oberbürgermeister betont, dass er schon Unterschiede darin sehe, ob ein Provisorium oder ein Neubau in Rede stehe. Wenn die Stadt bauen würde, gebe es entsprechende Vorgaben und Standards und komme sicher die eine oder andere Forderung mit hinzu. Daraus ergeben sich dann auch die entsprechenden Kosten. Wenn man aber vor dem Hintergrund des umfangreichen Schulinvestitionsprogramms wisse, dass die Haushaltsplanungen der kommunalaufsichtlichen Prüfung unterliege und keine Reserven für freiwillige Aufgaben vorhanden seien, dann habe auch eine wie hier angestrebte Prüfung keine Perspektive. Man könne nicht so tun, als ob man was tun könne – zur politischen Wahrheit gehöre auch zu sagen, was im Moment nicht möglich ist und keine Illusionen zu wecken.

Herr Dr. Scharfenberg bittet darum, die Aussage des Oberbürgermeisters, dass er derzeit keine Möglichkeiten sehe, eine solche Skaterhalle mit städtischen

Mitteln zur Verfügung zu stellen, in die Niederschrift aufzunehmen. Er sehe aber eine Aufgeschlossenheit gegenüber dem Anliegen, wenn es kreative Vorschläge gebe.

Der Oberbürgermeister sagt eine Prüfung in dem genannten Sinne zu und stellt den vorliegenden Antrag mit folgendem Wortlaut zur Abstimmung:

Der Oberbürgermeister wird aufgefordert, der Stadtverordnetenversammlung im April 2016 einen Vorschlag für die Einrichtung einer Skaterhalle in Potsdam vorzulegen.

Dabei geht es darum, die grundsätzlichen Voraussetzungen für eine ganzjährige sportliche Betätigung der Rollsportszene (Skateboard, BMX, Inliner ) zu schaffen. Für die Realisierung einer solchen Halle ist einerseits der Ausbau eines Bestandsobjekts und andererseits ein Neubau an einem geeigneten Ort denkbar. Ein Bestandsobjekt sollte gut mit öffentlichen Verkehrsmitteln erreichbar sein, eine funktionierende Beleuchtung und Stromanschluss sowie mindestens ein Kaltwasseranschluss haben. Eine Miettoilette wäre ausreichend. Die Halle sollte mindestens 1200 Quadratmeter und eine Deckenhöhe von sechs bis acht Meter haben. Benötigt wird ein glatter Betonfußboden bzw. ein Boden, der unkompliziert glatt überbaut werden kann.

Für einen Neubau gelten die gleichen Anforderungen. Allerdings sollte insgesamt von 2000 Quadratmetern ausgegangen werden, um Rampen im Außenbereich errichten zu können, die auch im Sommer eine hohe Frequentierung gewährleisten.

In der Halle werden weder Tribünen noch Dusch- oder Umkleieräume benötigt. Der Innenausbau kann später separat durch Holzkonstruktionen erfolgen, unter Einbeziehung der Nutzerinnen und Nutzer.

**Abstimmungsergebnis:**

Zustimmung:	<b>5</b>
Ablehnung:	<b>9</b>
Stimmenthaltung:	<b>1</b>

Damit empfiehlt der Hauptausschuss der Stadtverordnetenversammlung, diesen Antrag **abzulehnen**.

**zu 3.8 Sanierungsgebiet "Potsdamer Mitte", Konkretisierung der Sanierungsziele im Bereich Neuer Lustgarten im Ergebnis der Planungswerksatt und Aufstellungsbeschluss Bebauungsplan SAN-P 14 "Lustgarten"**

**Vorlage: 16/SVV/0053**

Oberbürgermeister, FB Stadtplanung und Stadterneuerung

Zu diesem Tagesordnungspunkt begrüßt der Oberbürgermeister Herrn Nicke und Frau Rabbe von der Pro Potsdam, die anschließend per Power-Point-Präsentation ausgehend vom Beschluss der Stadtverordnetenversammlung das Werkstattverfahren und die einzubeziehenden Teilbereiche definieren und die Eckdaten der Beteiligung darstellen. Im Ergebnis seien sieben Entwürfe öffentlich und fachlich diskutiert worden. Die beiden letztlich ausgewählten Entwürfe beinhalten den Erhalt und die Stärkung des Gartenbereiches und seien zeitlich und inhaltlich in Stufen umsetzbar. Die wichtigsten Ergebnisse seien in dem abstrahierten Maßnahmeplan dargestellt.

Im Weiteren wird das Volumen der Gesamtmaßnahme und das dafür benötigte finanzielle Volumen erläutert sowie weitere Prüfaufgaben, wie Gespräche mit dem Hoteleigentümer und den Fördermittelgebern sowie die Prüfung weiterer Finanzquellen, benannt.

Anschließend bringt Herr Dr. Scharfenberg einen Änderungsantrag der Fraktion DIE LINKE mit folgendem Wortlaut ein:

*Der Beschlusstext erhält folgende Fassung:*

- 1. Vor weiteren Aktivitäten zur Änderung der Sanierungsziele für den Lustgarten wird eine Bürgerbefragung durchgeführt über einen möglichen Erwerb und Abriss des Hotels "Mercure" durch die Landeshauptstadt Potsdam.*
- 2. Der Oberbürgermeister wird beauftragt, die rechtlichen und finanziellen Voraussetzungen für den Erwerb des Hotels "Mercure" zu prüfen. Das Ergebnis ist der Stadtverordnetenversammlung im April 2016 vorzulegen.*

Er betont, dass das mit der Beschlussvorlage beantragte Vorgehen weit über eine Prüfung hinausgehe und in einem B-Plan münden solle. Deshalb sollten vor weiteren Aktivitäten die Bürger befragt werden, wie sie dazu stehen. Bei der Entscheidung zum Landtag wurde der bestehende Konflikt mit diesem Mittel aufgelöst und könnte auch hier die Grundlage für eine Entscheidung sein.

Er beantragt für die Hauptausschusssitzung am 09.03.2016 die Anhörung von Vertretern des Ministeriums für Infrastruktur und Landesplanung, der Dehoga, des Architekten Bernhard Wendel und der Initiative „Potsdamer Mitte neu denken“. Darüber hinaus solle die Verwaltung zum Vorschlag von Herrn Heuer, den Hoteleigentümern ein Grundstück nahe dem jetzigen Standort anzubieten, um an der Breiten Straße ein neues Hotel bauen zu können, schriftlich Stellung nehmen.

Herr Kirsch spricht sich für eine Befragung aus, aber erst nach einer Einigung über Möglichkeiten und Alternativen.

Herr Szilleweit betont, die Meinung der Bevölkerung zu diesem Vorhaben sei gespalten und vielleicht gebe es gefühlt andere Mehrheiten als in der Stadtverordnetenversammlung, denn in den Foren habe es auch viele Stimmen für das „mercure“ gegeben.

Herr Heuer begründet seinen Alternativvorschlag und schlägt vor, ein Finanzkonzept zu erstellen und dann mit belastbaren Zahlen zu entscheiden.

Herr Finken führt aus, dass die Bürger in ausreichendem Maße beteiligt worden seien und es einen Beschluss der Stadtverordnetenversammlung aus dem Jahr 1990 gebe, sich dem historischen Stadtbild wieder anzunähern. Für diese Entwicklung habe es immer politische Mehrheiten gegeben.

Frau Dr. Schröter fragt, warum Potsdam nicht eine „Stadt der Brüche“ sein könne, so wie andere Orte auch. Trotz des aufwändigen und teuren Verfahrens liege kein belastbares signifikantes Ergebnis vor und eine Bürgerbeteiligung sei aus ihrer Sicht auch nicht erreicht worden. Das die Bürgerbefragung an den nicht zu definierenden Fragen scheitern soll, halte sie für einen „Witz“.

Der Oberbürgermeister betont, dass die Stadt Sanierungsziele für den Lustgarten definieren wolle und sich mit der Unterstellung, dies nur zu machen, um das „mercure“ abreißen zu können, auseinandersetzen. Das gehöre aber nun einmal dazu – schließlich wurde auch der Standort der Weißen Flotte lange Zeit unter diesem Aspekt beleuchtet.

Für den Lustgarten sei ein Stufenplan entwickelt worden, der in unterschiedlichen Zeitfolgen umgesetzt werden solle – also eine Systematik wie an anderen Stellen auch.

Er habe selten Argumente gehört, den Hotelbau aus architektonischen Gründen erhalten zu wollen. Vor allem seien es Erinnerungen, die daran hängen und das sei auch nachvollziehbar. Das heiße aber nicht, dass nichts getan werde, denn

wer nichts tut, drücke sich vor einer Antwort. Dann wäre es konsequenter, das Hotel unter Denkmalschutz zu stellen. Für ihn bedeute politische Verantwortung aber auch, diese wahrzunehmen und Gestaltungsmöglichkeiten zu definieren, was wiederum nur über die Definition von Sanierungszielen funktioniere. Wer nichts tue, überlasse dem Finanzkapital die Entscheidung – die Stadt müsse in die Situation kommen, dem Eigentümer zu signalisieren, was sie wolle und herausfinden, was das koste. Und das sei Inhalt dieser Beschlussvorlage, die darüber hinaus noch unter einem Finanzierungsvorbehalt stehe.

Bezüglich des Antrags von Herrn Dr. Scharfenberg zur Anhörung des genannten Personenkreises spricht sich Herr Finken dagegen aus, da die Liste der Anzuhörenden fortgesetzt werden könnte und damit die Werkstattdiskussion wieder aufgemacht werde.

Der Antrag auf Anhörung wird zur Abstimmung gestellt und mit Stimmenmehrheit, bei 5 Ja-Stimmen **abgelehnt**.

Im Weiteren wird der Änderungsantrag der Fraktion DIE LINKE zur Abstimmung gestellt und mit Stimmenmehrheit, bei 5 Ja-Stimmen **abgelehnt**.

Nachdem die vorliegende Beschlussvorlage abgestimmt wurde, nimmt der Oberbürgermeister zum Vorschlag von Herrn Heuer Stellung. Er merkt an, dass dies eine interessante Facette sei, die in die Diskussion einbezogen werden könne.

Der Hauptausschuss empfiehlt der Stadtverordnetenversammlung, wie folgt zu beschließen:

1. Die Sanierungsziele für den Bereich Lustgarten/Hafen werden auf der Grundlage der Ergebnisse der laut Beschlussfassung der Stadtverordnetenversammlung vom 06.11.2013 (DS 13/SVV/0249) durchgeführten internationalen und interdisziplinären Planungswerkstatt Lustgarten gemäß des in **Anlage 2** dargestellten Masterplans unter Finanzierungsvorbehalt konkretisiert.
2. Der Oberbürgermeister wird beauftragt, Szenarien über die möglichen finanziellen Auswirkungen der Umsetzung dieser unter Finanzierungsvorbehalt gestellten Sanierungsziele zu entwickeln. Dabei soll eine phasenweise Umsetzung des Masterplans berücksichtigt werden, in deren letztem Schritt die Herstellung der "Wiese des Volkes" anstelle des Hotelhochhauses vorgesehen ist.
3. Auf dieser Grundlage ist der Stadtverordnetenversammlung spätestens vier Monate nach Beschlussfassung ein Finanzierungskonzept der Umsetzung des Masterplans als Grundlage der abschließenden Festsetzung der Konkretisierung der Sanierungsziele für den Bereich Lustgarten/Hafen vorzulegen.
4. Zur planungsrechtlichen Sicherung der Umsetzung der konkretisierten Sanierungsziele ist der Bebauungsplan SAN-P 14 "Lustgarten" gemäß § 2 Abs. 1 BauGB aufzustellen (**gemäß Anlage 3**).

**Abstimmungsergebnis:**

Zustimmung:	<b>12</b>
Ablehnung:	<b>5</b>
Stimmenthaltung:	<b>0</b>

**zu 3.9 Alte Post**  
**Vorlage: 16/SVV/0061**  
Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

Herr Schüler zieht namens der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen den Antrag zurück.

**zu 4 Mitteilungen der Verwaltung**

**zu 4.1 Internetbeteiligung bei Bebauungsplanverfahren**  
**Vorlage: 16/SVV/0026**  
Oberbürgermeister, FB Stadtplanung und Stadterneuerung

Die Mitteilungsvorlage wird zur Kenntnis genommen.

**zu 4.2 Handlungskonzept Papierkörbe einschl. Dog-Station**  
**bezüglich DS Nr.: 15/SVV/0606, 14/SVV/0345, 14/SVV/0346, 14/SVV/1069**  
**(Bürgerhaushalt 2015/16 Nr. 12 Punkte 1, 2 u. 5), 15/OBR/0001 (Fahrland)**  
**und 14/OBR/0126 (Marquardt)**  
**Vorlage: 16/SVV/0036**  
Oberbürgermeister, FB Grün- und Verkehrsflächen

Herr Dr. Scharfenberg führt aus, dass die Mitteilung ein guter Ansatz sei; trotzdem blieben unterschiedliche Verantwortlichkeiten, so dass er eine Zeitschiene erfahren wolle, wann die Papierkorbentsorgung aus einer Hand entsprechend des Auftrags der Stadtverordnetenversammlung letztendlich greife. Herr Weise verweist auf die Vielzahl der Beteiligten, so dass eine Voraussage schwierig sei.

Der Oberbürgermeister sagt zu, einen gangbaren Weg aufzuzeigen, merkt aber gleichzeitig an, dass dies nicht ohne Probleme sein werde. In der Hauptausschusssitzung am 13. April 2016 werde erneut informiert.

**zu 4.3 Information zum anonymisierten Bewerbungsverfahren**

**zurückgestellt** bis Ende April 2016

**neu Verständigung zur Einwohnerfragestunde**

Die zur Einwohnerfragestunde eingereichten Fragen und Vorschläge liegen den Mitgliedern des Hauptausschusses schriftlich vor.

Gegen den Vorschlag des Oberbürgermeisters, alle Fragen zu beantworten, die Frage 5 und 7 aber auf Grund der Fragestellung nur dem Grunde nach, erhebt sich kein Widerspruch.

Der unter dem Punkt 8 unterbreitete Vorschlag wird von der Verwaltung aufgenommen.

## zu 5      **Sonstiges**

Zum **Ergebnis der rechtlichen Prüfung bzgl. Änderung der Abfallsatzung für 2016** informiert Frau Kluge, Leiterin des Fachbereichs Ordnung und Sicherheit, über die vorliegende rechtliche Stellungnahme, die der Niederschrift als Anlage beigefügt wird.

Herr Jetschmanegg, Leiter des Fachbereiches Wirtschaft, Kommunikation und Beteiligung, informiert über die Umsetzung des Beschlusses der Stadtverordnetenversammlung DS 14/SVV/0374 – den Kooperationsvertrag zwischen der Landeshauptstadt Potsdam und der Stiftung Preußische Schlösser und Gärten betreffend. Die Zwischenberichterstattung im Dezember 2015 sei erkennbar nicht gelungen. So dass er darum bitte, in der Hauptausschusssitzung am 27. April sowohl über die **Kooperationsvereinbarung** als auch über das **Bürgerbeteiligungsverfahren** informieren zu können.

Gegen diese Terminverschiebung erhebt sich kein Widerspruch.

Herr Kümmel, Leiter des Büros des Oberbürgermeisters, informiert, dass der 20. April 2016 für eine gemeinsame Sitzung des Hauptausschusses der Landeshauptstadt Potsdam mit dem Kreisausschuss Potsdam-Mittelmark derzeit geprüft werde; die Zustimmung des Kreisausschusses stehe noch aus.

